

Beschluss (vorläufig) Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas
- 2 Versprechen
- 3 für Demokratie und Menschenrechte einlösen!
- 4 Ende 2019 nimmt die neue Europäische Kommission ihre Arbeit auf und ihr
- 5 Arbeitsprogramm wird
- 6 wegweisend für die kommenden Jahre europapolitischer Politik. Viele große
- 7 Gesetzesvorhaben
- 8 werden dabei von dem Land verhandelt, das ab dem 1. Juli 2020 die EU-
- 9 Ratspräsidentschaft
- 10 innehaben wird: Deutschland. Deutschland bildet ab dem 1. Juli 2020 bis Ende 2021 mit
- 11 Portugal und Slowenien die sogenannte Trio-Präsidentschaft. Im zweiten Halbjahr 2020
- 12 hat
- 13 Deutschland die Federführung. Das Trio formuliert gemeinsame Ziele und Prioritäten
- 14 und
- 15 erarbeitet ein konkretes Programm, mit dem sich der Rat während der drei
- 16 Präsidentschaften
- 17 befassen wird.
- 18 Die deutsche Ratspräsidentschaft zur Klima-Präsidentschaft machen
- 19 Im November 2020 findet die übernächste UN Klimakonferenz (COP26) in Glasgow
- 20 statt, kurz
- 21 davor kommen die UN Mitgliedsstaaten bei der 15. Weltartenschutzkonferenz
- zusammen. Eben in
- dieser Zeit wird Deutschland die Ratspräsidentschaft innehaben. Die EU und
- Deutschland
- müssen diese Chance nutzen und dem ins Stocken geratenen globalen Kampf gegen
- die Klimakrise
- und dem Schutz der Biodiversität neues Leben einhauchen. Noch ist es nicht zu spät,
- dass wir
- das Abkommen von Paris auch wirklich einhalten können, noch können die Aichi Ziele
- zur
- Bewahrung der biologischen Vielfalt erreicht werden. Dazu muss sich die EU auf
- ambitionierte
- verbindliche Maßnahmen einigen, um in jedem Sektor unseren fairen Beitrag zur
- Erreichung der
- Pariser Klimaschutzziele zu leisten. Wir brauchen endlich einen Aktionsplan
- Biodiversität.
- Es gilt mit positivem Beispiel voranzugehen, um den Handlungsdruck auch auf

22 zögernde
23 Regierungen in anderen Ländern der Welt zu erhöhen.
24 Doch bislang versagt die Bundesregierung nicht nur national beim Klimaschutz,
25 sondern auch
26 europäisch. Das unambitionierte Klimapaket wird nur noch übertroffen von
27 Deutschlands
28 Blockade bei europäischen Verhandlungen für mehr Klimaschutz. Es darf nicht sein,
29 dass
30 Europa durch die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung die Europäische
31 Union
32 lähmt. So wurde zum Beispiel auch auf Betreiben Deutschlands verhindert, dass die
33 Europäische Investitionsbank, die zukünftige "Klimabank", endlich keine fossilen
34 Kraftwerke
35 mehr fördert. Die EU hat wegen ihrer Wirtschaftskraft und ihrer historischen Emissionen
36 eine
37 höhere Verantwortung. Aktuell ist sie aber vom Vorreiter zum Nachzügler geworden: die
38 Klimaziele reichen zur Einhaltung des Pariser Abkommens nicht aus, und die
39 Maßnahmen sind
40 sogar für die Erfüllung der eigenen Ziele unzureichend. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen
41 eine zu
42 100 Prozent erneuerbare und energieeffiziente Europäische Union als Treiber für die
43 internationale Energiewende. Dafür muss das europäische Klimaschutzziel, das sich
44 keineswegs
45 auf dem Pfad der Pariser Klimaziele bewegt, ambitionierter und verbindlich werden: wir
46 fordern 65% Emissionsminderung bis 2030.
47 Ursula von der Leyen hat für ihre ersten 100 Tage einen Green Deal inklusive
48 Klimaschutzgesetz angekündigt und den designierten EU Kommissar Frans
49 Timmermanns
50 beauftragt, das Gesetz zusammen mit einem Plan für den europäischen Green Deal zu
51 erarbeiten. Es wird in die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft fallen, eine
ambitionierte
Position der Mitgliedstaaten im Rat zu definieren. Im europäischen Klimaschutzgesetz
sollen
klare Minderungsziele festgelegt werden, deren Erreichung unabhängig im Rahmen
klarer
Mechanismen überprüft werden soll, es soll direkt notwendige Massnahmen in den
Sektoren
unterlegen, damit Europa seine Verpflichtungen im Pariser Klimavertrag vollumfänglich
erreicht. Dazu gehören die verbindliche Einbeziehung der Sektoren Flugverkehr und
Schifffahrt ebenso wie die Umstellung der Landwirtschaft, um die Emissionen aus der
Düngerproduktion und Tierhaltung zu minimieren. Ziel der Ratspräsidentschaft muss es
sein,
dass ein neues europäisches CO2 Reduktionsziel beschlossen wird, das mit dem Pariser
Klimaschutzabkommen kompatibel ist und zur Klimakonferenz in Glasgow COP26
eingereicht
werden kann. Da darf die aktuelle deutsche Politik auf keinen Fall der Maßstab für sein!
Die
Bundesregierung muss auf europäischer Ebene für einen Mindestpreis im ETS von 40€

52 pro Tonne
CO2 eintreten.

53 Die neue Europäische Kommission wird wahrscheinlich eine Überarbeitung des
Europäischen
54 gesetzlichen Rahmens für Gas vorlegen. Falls es frühzeitig zu einem neuen "Gaspaket"
kommt,
55 wird die Bundesregierung die Ratsposition dazu verhandeln müssen. Statt weiter die
56 Fürsprecherin fossiler Energieträger zu spielen, wie etwa beim Bau der Gaspipeline
Nord
57 Stream 2, sollte die Bundesregierung den Blick endlich in die Zukunft richten und die
58 Europäische Energiewende mit aller Kraft vorantreiben. Wir wollen keine weiteren
Gelder für
59 fossile Infrastruktur ausgeben, sondern in den Ausbau der Erneuerbaren Energien und
eine
60 Verbesserung der Energieeffizienz investieren und gezielt Power-To-X Technologien
fördern.
61 Dafür muss Europa zu einem gemeinsamen Großmarkt auf der Basis von Erneuerbaren
62 zusammenwachsen.
63

64 Wir brauchen außerdem nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa einen
vollständigen
65 Kohleausstieg. Während in Deutschland dafür die Milliardenpakete geschnürt werden,
sieht es
66 auf europäischer Ebene dafür mau aus. Der deutsche Kohleausstieg - teuer, langsam,
67 rückwärtsgewandt - ist schlecht gemacht. Viel Geld für wenig Transformation und wenig
68 Zukunft und somit kein Vorbild für andere, auch weniger reiche Mitgliedsstaaten. Aber
wir
69 wissen auch: die Transformation gibt es nicht umsonst. Dabei ist klar: auch andere
70 europäische Kohleregionen zum Beispiel in Polen werden Unterstützung für die
Transformation
71 brauchen. Hier kann und muss die EU die wirtschaftlich schwächeren Länder beim
Ausstieg
72 unterstützen. Der nun anvisierte "Just Transition Fund" im EU Haushalt muss
auskömmlich
73 finanziert sein als Teil des Green Deals, an verbindliche Abschaltpläne gekoppelt
werden,
74 nur zukunftsfeste Investitionen unterstützten und die Beschäftigten im Blick haben.
75

76 Die grüne Transformation der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft muss aber als
77 Querschnittsthema im nächsten EU Haushalt gestaltet werden. Auch hier kommt es auf
die
78 deutsche Regierung an aus dem Kohleausstieg ein europäisches Projekt zu machen! Wir
brauchen
79 ein Divestment Programm und ein Climate mainstreaming für den EU Haushalt.
Nachdem mit der
80 Photovoltaik eine Schlüsselindustrie des 21. Jahrhunderts ohne Federlesens anderen
81 Volkswirtschaften überlassen wurde, gilt es, mit einer europäischen
Wasserstoffstrategie
82 Know-How und zukunftsfähige Arbeitsplätze in der EU zu halten.
83

84 Die Landwirtschaft produziert heute größtenteils nach Bedingungen, die in eine
Sackgasse für
85 Bäuerinnen und Bauern, für Umwelt und Klima führen. Wir müssen dieses System
grundsätzlich
86 ändern, so dass ein umwelt-, tier- und klimafreundliches Wirtschaften sich eher lohnt
als
87 industrialisierte Landwirtschaft. Die Agrarpolitik der Bundesregierung wie auch die EU-
88 Agrarpolitik tun aber genau das nicht und leisten so ihren Beitrag, die Klimakrise
89 anzuhetzen. Wir fordern daher einen radikalen Umbau der EU-Agrarförderung (GAP)
sowie eine
90 Qualifizierung der Gelder der Europäischen Agrarpolitik: Öffentliche Gelder sollen
91 qualifiziert und spätestens ab 2027 nur in öffentliche Leistung investiert werden.
Gefördert
92 werden soll dann nur noch eine klima- und tiergerechte, arten- und umweltschützende
93 Landwirtschaft.

94

95 Deutschland hat über den Europäischen Rat Einfluss und Möglichkeit, diesen
Systemwechsel in
96 der EU-Agrarpolitik einzufordern und muss seine Ratspräsidentschaft nutzen, um
endlich einen
97 Kurswechsel im Bereich der EU-Agrarförderung einzuleiten, um eine klimagerechtere
98 Landwirtschaft voranzubringen.

99 EU Haushalt stärken

100 Momentan verhandelt das Europäische Parlament mit Kommission und Rat das Budget
der
101 Europäischen Union für die kommenden Jahre. Trotz eines ambitionierteren
französischen
102 Vorschlags möchte Deutschland daran festhalten, dass nur 25% der gesamten
Ausgaben des
103 Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 – 2027 der EU einen Beitrag zur Erreichung der EU-
Klimaziele
104 leisten sollen. . Der Umweltausschuss hat sich im September allerdings für einen
40%igen
105 Anteil für Klimaschutz-Investitionen ausgesprochen; wir Grüne fordern 50%. Für die EU
106 Außenfinanzierung fordern wir 40 Prozent fürs Klima und 10 Prozent für Biodiversität,
damit
107 die EU künftig deutlich mehr für Finanzierungsbedarfe in Entwicklungsländern
bereitstellt.
108 Damit würde die EU endlich einen fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung
im
109 Kontext der UN Klimaverhandlungen leisten. Finanzminister Scholz sollte sich auf
Bundesebene
110 dafür einsetzen, dass die Blockade der deutschen Regierung für mehr Klimaschutz im
Haushalt
111 der Europäischen Union endlich aufbricht. Angesichts der globalen Klimakatastrophe
haben wir
112 keine Zeit mehr zu verlieren. Es darf keine falsche Zurückhaltung beim Schutz unserer
113 Lebensgrundlagen geben. Unser Planet und wir können nicht auf den nächsten
Mehrjährigen
114 Finanzrahmen in acht Jahren warten. Dann wird es zu spät sein.

115 Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fordert 1 000 Milliarden Euro
für den
116 Klimaschutz in der Europäischen Union. Der Europäische Rechnungshof fordert sogar
das
117 Zehnfache. Doch die deutsche Bundesregierung hält am 1-Prozent-Ziel als Anteil am
Brutto
118 National Einkommen (BNE) für den europäischen Haushalt fest, und möchte an den
Ausgaben aber
119 auch nichts ändern. Gleichzeitig trägt die Bundesregierung in der EU zur Blockade
wichtiger
120 Maßnahmen gegen Steuerdumping bei, die einen größeren EU-Haushalt
gegenfinanzieren könnten.
121 Wir fordern die Deutsche Bundesregierung auf für mehr europäische Investitionen in
Klima,
122 Digitalisierung und Zusammenhalt einzustehen und das 1% Ziel bei den Verhandlungen
zum
123 mehrjährigen Finanzrahmen aufzugeben. Die Bundesregierung schadet mit ihrer
Hardliner
124 Position der Europäischen Union. Wer den EU Haushalt zusammenkürzen will wird die
Klimakrise
125 nicht stoppen und verschärft die soziale Spaltung auf unserem Kontinent. Wir Grüne
wollen in
126 einem ersten Schritt 1,3% BNE für den EU Haushalt bereitstellen und den EU Haushalt
durch
127 eigene Einnahmequellen unabhängiger machen.

128 Was in Deutschland die Fixierung auf die schwarze Null ist, das ist in der Europäischen
129 Union das 1-Prozent-Ziel. Ein Aufbruch für Europa sieht ganz anders aus.

130 Die Europäische Investitionsbank (EIB) zur Klimabank machen: ‚Energy Efficiency First‘
131 Bündnis 90/DIE GRÜNEN treibt gemeinsam mit unseren Freundinnen und Freunden aus
Europa die
132 Debatte über eine neue Finanzierungspolitik der Europäischen Investitionsbank (EIB)
an.
133 Deutschland gehört zu größten Geldgeber der Bank. Wir begrüßen den Vorschlag der
EIB für
134 ihre geplante Darlehenspolitik im Energiebereich, die Finanzierung von Projekten mit
135 fossilen Brennstoffen einzustellen sowie alle Bemühungen, die Aktivitäten der EIB mit
den
136 Zielen des Pariser Klimaabkommens in Einklang zu bringen. Es braucht allerdings mehr
137 ehrgeizige Schritte um die EIB in eine Klimabank zu verwandeln. Dazu braucht die EIB
mehr
138 Eigenkapital, um innovative Technologien in großem Umfange finanzieren zu können
und eine
139 Managementkultur, Risiken einzugehen, die Privatinvestoren noch nicht tragen wollen.
Einen
140 schnellen Fossil-Ausstieg unterstützen wir voll und ganz.

141 Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen

142 Die deutsche Ratspräsidentschaft muss während der Ratspräsidentschaft einen
Schwerpunkt auf

143 die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie setzen. Europas Werte basieren
auf der
144 Grundrechtecharta: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und
Menschenrechte.
145 Dieses Jahr wird die Grundrechtecharta zehn Jahre. Ein Grund zu feiern! Aber die
146 Einschränkung von Wissenschaftsfreiheit , autoritäre Justizreformen, Korruption, die
147 Einschränkung von Pressefreiheit und Demonstrationsrecht und zivilgesellschaftlicher
Akteure
148 in vielen Mitgliedsstaaten zeigen: Demokratie, Freiheit, Gleichheit und
Rechtsstaatlichkeit
149 sind nicht in Stein gemeißelt. Sie gilt es immer wieder neu zu erkämpfen, zu schützen
und zu
150 bewahren.
151
152 Wir fordern, dass sich die deutsche Ratspräsidentschaft für eine Reform der
153 Grundrechtecharta einsetzt. Ihr Anwendungsbereich soll so ausgeweitet werden, dass
alle
154 Bürger*innen der EU die in der Charta enthaltenen Grundrechte im national
vorgesehenen
155 Instanzenweg auch gegenüber ihren jeweiligen Nationalstaaten einklagen können. Das
würde sie
156 massiv stärken und die Möglichkeiten verbessern, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
zu
157 verteidigen, gerade in den Ländern, in denen diese Prinzipien angegriffen werden. Sie
gilt
158 es immer wieder neu zu erkämpfen, zu schützen und zu bewahren. Die
Grundrechtecharta muss
159 dabei uneingeschränkt auch in der digitalen Sphäre durchgesetzt werden.
160
161 In Zeiten von erstarkendem Rechtspopulismus stärken wir gezielt die demokratischen
Kräfte in
162 den betroffenen Mitgliedstaaten. Darum fordern Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Wenn
Regierungen in
163 Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schwerwiegend, systematisch und
164 dauerhaft, unter anderem durch Korruption, untergraben, soll die EU-Kommission den
165 nationalen Regierungen die Kontrolle über die Vergabe von EU-Geldern entziehen
können. Ein
166 Entzug von Fördermitteln soll jedoch nicht die breite Bevölkerung treffen sondern nur
die
167 Regierungen, die demokratische Prinzipien verletzt haben. Deshalb wollen wir, dass
dem
168 betreffenden Mitgliedsstaat nicht pauschal Mittel gestrichen, sondern dass sie
zielgerichtet
169 eingefroren und direkt verwaltet von der Kommission an die Kommunen und andere
170 Fördermittelempfänger ausgegeben werden. So könnte das Geld weiterhin dort
ankommen, wo es
171 gebraucht und sinnvoll verwendet wird, aber die Vergabemacht läge nicht mehr bei den
172 nationalen Regierungen. Das muss im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen unter
deutscher
173 Ratspräsidentschaft verankert werden.

174 Bereits bestehende Instrumente der EU zur Sicherung von Rechtstaatlichkeit und
Demokratie,
175 wie der EU-Rechtsstaatsmechanismus, müssen weiterentwickelt werden. Deutschland
hat die
176 Aufgabe, dies zu einer der Kernaufgaben der Ratspräsidentschaft zu machen. Ein
wirksamer
177 Rechtsstaatsmechanismus braucht klare Kriterien, unabhängige Untersuchungen und
echte
178 Sanktionsmöglichkeiten. Darunter verstehen wir einen umfassenden, alle
Mitgliedsstaaten
179 einschließenden und jährlichen Bericht über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch
eine
180 unabhängige Kommission, die sich aus den Nationalen Parlamenten und dem
Europäischen
181 Parlament ernannten Verfassungsexperten zusammensetzt.

182 Bei akuten und gravierenden Verletzungen von demokratischen Prinzipien und
183 Rechtsstaatlichkeit durch einzelne nationale Gesetze erstellt die "Rechtsstaats-
Kommission"
184 Ad-hoc-Berichte und schlägt der Europäischen Kommission Reaktions- und
185 Sanktionsmöglichkeiten vor. Doch Sanktionen alleine reichen nicht aus: Wir wollen
186 Rahmenbedingungen für Zivilgesellschaft, Medien und politische Pluralität in der EU
stärken.
187 Um aktiv und gemeinnützig agierende Akteur/innen zu schützen, sollte die deutsche
188 Ratspräsidentschaft sich für die Schaffung eines europaweiten Vereins- und
189 Gemeinnützigkeitsrechts einsetzen.

190 Dabei schauen wir auch auf uns in Deutschland selbst: Urteile des EuGH dürfen
191 Mitgliedstaaten der EU nicht ignorieren. Vertragsverletzungsverfahren laufen auch
gegen
192 Deutschland. Dabei muss gerade Deutschland während der Ratspräsidentschaft zeigen:

193 Vertragsverletzungsverfahren nimmt die Bundesregierung ernst und beendet den
andauernden
194 Verstoß zum Beispiel gegen die EU-Nitratrichtlinie.

195 Stärkung der Menschenrechte innerhalb und außerhalb der EU
196

197 An den europäischen Außengrenzen verletzen Mitgliedsstaaten systematisch
europäisches Recht.
198 In Ländern wie Kroatien wird Menschen ein rechtsstaatliches Verfahren verweigert.
199 Geflüchtete werden durch kroatische Grenzbeamte misshandelt, beraubt und illegal
wieder in
200 Drittstaaten zurückgeschickt. Die deutsche Ratspräsidentschaft muss sich gegen die
201 Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen stellen und Maßnahmen ergreifen,
solche
202 Situationen zu verhindern. Statt willkürliche Grenzkontrollen im Schengenraum
durchzuführen
203 sollten wir uns verstärkt darum kümmern, dass im Schengenraum keine
204 Menschenrechtsverletzungen mehr geduldet werden.

205 Menschen auf der Flucht sind kriminellen Strukturen und Gewalt schutzlos ausgesetzt.
Auch

206 innerhalb Europas, etwa in den überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln werden
die
207 menschenrechte von Geflüchteten durch das Fehlen einer solidarischen
Verteilungspolitik in
208 Europa massiv verletzt. Die Einführung eines Ad-Hoc Verteilungsmechanismus zwischen
4 EU
209 Staaten wäre ein Schritt in die richtige Richtung gewesen. Die Bundesregierung muss
ihre
210 Ratspräsidentschaft nutzen, um einen gemeinsamen solidarischen Verteilmechanismus
und auch
211 die Europäische Unterstützung aufnahmebereiter Kommunen voranzubringen.

212 Die EU Kommission wird eine neue Antidiskriminierungsrichtlinie vorlegen, die
213 Diskriminierung außerhalb des Arbeitsmarktes für alle Diskriminierungstatbestände
verhindern
214 und ahnden soll. Hier sollte die deutsche Ratspräsidentschaft eine ambitionierte
215 Ratspositionierung ermöglichen. Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund, dass
die
216 deutschen Regierungen der letzten Jahre immer eine solche
Antidiskriminierungsgesetzgebung mit
217 verhindert haben.

218 Außerdem kann die deutsche Ratspräsidentschaft mit Blick auf Gleichberechtigung die
219 angekündigten Initiativen für Lohngleichheit und gegen Gewalt an Frauen gestärkt und
220 konkretisiert werden. Hier braucht es ambitionierte Gesetzgebung statt weiterer
221 Koordinierungsprozesse. Die von Ursula von der Leyen angekündigte Richtlinie gegen
222 geschlechterbezogene Gewalt muss vorgelegt werden, statt wieder in der Schublade zu

223 verschwinden. Wir fordern, dass die Bundesregierung ihre Ankündigung wahr macht
und eine
224 Initiative für nachhaltige Lieferketten startet. Es braucht verbindliche Regeln, die
225 sicherstellen, dass unsere Lieferketten frei von Menschenrechtsverletzungen und
226 Umweltverbrechen sind.

227

228 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die sich
für
229 Menschenrechte stark macht. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass Verteidigerinnen von

230 Menschenrechten und Demokratie, Hinweisgeberinnen, aber auch Bürgerdialoge mehr
und
231 unbürokratischer gefördert und geschützt werden. Eine konkrete Aufgabe für die
deutsche
232 Ratspräsidentschaft wird es sein, den Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie
des
233 Europäischen Rates voranzutreiben. Menschenrechte müssen bei allen EU
Handelsverträgen
234 verbindlich verankert und ihre Verletzung einklagbar sein. Weiterhin sollte die
235 internationale Vernetzung und der Austausch von zivilgesellschaftlichen Organisationen

236 unterstützt werden. Humanitäre Hilfe darf weder außerhalb noch innerhalb Europas
237 kriminalisiert werden. Bei dem angekündigten Aufschlag für eine gemeinsame
Migrations-und

- 238 Asylpolitik wird es entscheidend auf die Bundesregierung während der
Ratspräsidentschaft
- 239 ankommen, hier die Menschenrechte, das Recht auf Asyl und die Einhaltung von
internationalem
- 240 Recht durchzusetzen.
- 241 Eine Umwidmung der Entwicklungszusammenarbeit zur Migrationsabwehr --
beispielsweise durch
- 242 Migrationsmarker bei Entwicklungszusammenarbeitsprojekten, Mindestausgaben für
- 243 Migrationsmanagement in Entwicklungszusammenarbeitsinstrumenten, Nutzung von
EU-Trust-Funds
- 244 für die Unterstützung von Grenzpolizei von Staaten, in denen Menschen- und
Flüchtlingsrechte
- 245 nicht gewahrt sind, oder migrationspolitischen Bedingungen für die Bewilligung von
- 246 Entwicklungszusammenarbeitsgeldern - lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, dass
die
- 247 Ratspräsidentschaft das ebenfalls tut.